

16. Landtag von Baden-Württemberg, 61. Sitzung

Mittwoch, 25. April 2018, 09:00 Uhr

Rede

des Vorsitzenden des Arbeitskreises Umwelt, Klima
und Energiewirtschaft

Paul Nemeth MdL

zur Aktuellen Debatte

Baden-Württemberg steigt aus: Rückbau der Atomkraftwerke in unserem Land

Es gilt das gesprochene Wort.

Paul Nemeth MdL:

Guten Morgen! Frau Präsidentin, meine Damen und Herren!

Es gehört oft mehr Mut dazu, seine Meinung zu ändern, als ihr treu zu bleiben.

Das ist etwas, was für viele Parteien eher ungewöhnlich ist. Ich rate allen Parteien, dieses Zitat häufiger anzuwenden. Die CDU hat es getan, nämlich 2011, und wir, die CDU, haben uns damals, nach Fukushima, bewegt. Die CDU hat – auch nach den Wahlen – Wort gehalten und war führend mit dabei, um in der damaligen CDU/FDP-Koalition diesen historischen, großen Kompromiss zustande zu bringen, dass die Bundesrepublik

Deutschland aus der Kernenergienutzung aussteigt. Das war eine historische Entscheidung.

Natürlich wird immer wieder auch kritisiert, dass wir in Europa ja eine gemeinsame Verantwortung haben und es relativ wenig hilfreich für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger sowie unsere Natur ist, wenn ein Land einseitig aussteigt, während die anderen weitermachen.

Umgekehrt wird aber auch ein Schuh daraus: In Europa ist vor vielen Jahren entschieden worden, dass die europäische Energieproduktion und auch die Energieversorgung, die Versorgungssicherheit in nationalstaatlicher Verantwortung liegt. Insofern müssen wir auch die anderen Länder und deren Wege respektieren.

Trotzdem rufen wir von hier aus – wir von der CDU, aber, ich glaube, auch vom ganzen Landtag aus – unseren französischen Freunden zu: Macht Fessenheim zu! Schaltet Fessenheim ab!

Es war bereits 2016 von keinem Geringeren als dem Präsidenten der Französischen Republik, Herrn Hollande, zugesagt worden. Wenn man durch Frankreich reist und Frankreich kennt, muss man ja auch sagen: Dieses reiche, große und starke Land hat auch andere Möglichkeiten, und wir begrüßen es sehr, dass gerade in Fessenheim ein großer Solarpark mit 300 MW eingerichtet werden soll. Auch bei der Windkraft im Offshore-Bereich und in der Küstenlage hat Frankreich viele Möglichkeiten. Insofern glauben wir, dass auch Frankreich dem Weg, den Deutschland seit 2011 beschritten hat, durchaus folgen wird. Das ist auch sinnvoll.

In Deutschland sind wir, was den Kernenergieausstieg angeht, im Plan. Bereits im Jahr 2005 haben wir das älteste Kernkraftwerk Deutschlands – Obrigheim – abgeschaltet, und Neckarwestheim wird im Jahr 2022 als letztes Kernkraftwerk in Deutschland vom Netz gehen. Damit hat Baden-Württemberg – und damit die EnBW – den Anfang des Ausstiegs und das Ende des Ausstiegs zu verantworten. Meine Damen und Herren, wir haben in der vergangenen Legislaturperiode viel über die EnBW geredet – in der laufenden Legislaturperiode Gott sei Dank nicht so viel –, aber hier möchte ich die EnBW auch einmal öffentlich loben: Das ist ein neues Geschäftsmodell für die EnBW, der Rückbau von

Kernkraftwerken weltweit. Damit kann die EnBW erstens wieder gutes Geld verdienen, und zweitens tut sie etwas Gutes für Land, Europa und die Welt.

Unsere Meinung war und ist – auch seit Fukushima –: Wer aussteigt, muss auch einsteigen. Dabei müssen wir immer die Versorgungssicherheit und die Kosten im Auge behalten. Die Energiewende, meine Damen und Herren, ist eine Operation am offenen Herzen unserer Industriegesellschaft. Wir wollen, dass die Energiewende gelingt, aber es gilt nicht nur auf den Ausbau der erneuerbaren Energien zu schauen, sondern wir müssen natürlich die Versorgungssicherheit und die Kosten im Auge behalten. Dafür brauchen wir eben bessere Speicher und bessere Netze.

Das ist noch ein ungelöstes Problem der Energiewende, aber wir haben das Ziel – und das ist durchaus anspruchsvoll –, aus der Kernenergie und aus der Kohle – das sind 60 % unserer Energieversorgung – auszusteigen und dies stetig zu tun. Das ist auch machbar; das sagt uns auch die Bundesnetzagentur, die für die Systemstabilität zuständig ist. Aber wir wollen auch Augenmaß beibehalten. Die neue Koalition in Berlin – Schwarz-Rot – hat entschieden, bis 2030 auf einen Anteil erneuerbarer Energien von 65 % zu kommen. Dabei ist es wichtig, dass bei den Ausschreibungen und Auktionierungen der günstigste Standort entscheidend ist. Das Preis/Leistungs-Verhältnis ist entscheidend, und die günstigste erneuerbare Energie weltweit und am Standort Deutschland – wer auf den Globus schaut, weiß, dass Deutschland, selbst Baden-Württemberg, eigentlich gar nicht im Süden liegt, sondern eher im Norden – ist die Sonnenenergie.

Der Preis für Sonnenenergie liegt bei 3,9 Cent pro Kilowattstunde. Wer hätte das gedacht! Das ist nicht die Windenergie, Herr Minister Untersteller, wie Sie das hier jahrelang gesagt haben. Das ist eine Überraschung für uns alle: Es ist die Sonnenenergie.

Sie ist in Deutschland schon jetzt mit 3,9 Cent pro Kilowattstunde auktioniert worden; das ist eine tolle Entwicklung, die, meine Damen und Herren, übrigens auch weltweit gilt. Die PV – die Fotovoltaik – hat sich weltweit durchgesetzt. 2014 betrug der weltweite Zubau 40 GW, das entspricht 40 Kernkraftwerken, 2015 waren es 50 GW, 2016 waren es 76 GW, 2017 waren es 90 GW, obwohl es in vielen Ländern kein EEG und keine Subventionen gibt. Das ist ein riesiger Erfolg, der hier auch von Deutschland ein Stück weit ausgegangen ist. Es kommt hinzu, dass auch die Offshore-Windkraft ihren Durchbruch im Markt erreicht hat. Offshore-Windparks werden mittlerweile ohne Subventionen vergeben. Auch hier ist

die EnBW Vorreiter, und auch das ist gut für Baden-Württemberg, Deutschland und die Welt.

Sie sehen also: Wir sind auf der Marschstrecke dieser Energiewende, die ja bereits im Jahr 2010 von einem CDU-Umweltminister, nämlich Norbert Röttgen, in Angriff genommen wurde, auf einem guten Weg. Wir brauchen noch mehr Initiativen bei den Speichern, bei den Netzen, bei der Energieeffizienz, aber insgesamt glaube ich, dass wir auf dem richtigen Weg sind.

Herzlichen Dank.